

# Bei Gefahr das Rathaus einfach schließen

42 - 29. 10. 1992  
Nackensteiner Rat lehnte Sanierungsvorschläge für Verwaltungsbau mehrheitlich ab / Erstmals Stahlschrauben

m. NACKENHEIM — Die Sanierung des Rathauses löste in jüngster Ratssitzung eine längere Debatte aus, wobei der Verwaltungsvorschlag, die bisher erkennbaren Schäden für 38000 Mark auszubessern, von den Fraktionen CDU und BLN mit elf Nein- gegen sieben Ja-Stimmen der SPD abgelehnt wurde.

Bürgermeister Günter Ollig hatte erläutert, nach den Untersuchungen des Ingenieurbüros Lang seien tragende Deckenbalken teilweise verfault oder verrotten und müssten ausgetauscht werden. Sofortmaßnahmen durch Einbau eines Stahlträgers seien erforderlich. Das Ortsoberrathaus bemerkte, wenn eine umfassende Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Fachwerkhäuses erforderlich werde, kämen nach vorläufigen Schätzungen Kosten in

Höhe von rund 244000 Mark auf die Gemeinde zu. Der Ausschuss habe als Sofortmaßnahme die Deckensanierung und die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes, das auch die Belange des Denkmalschutzes berücksichtige, empfohlen.

Als erste Maßnahme sei die Absicherung des Bauwerkes notwendig, meinte CDU-Sprecher Alfred Hoffmann. Danach solle eine Bausubstanzprüfung folgen und Zuschüsse aus der Dorfsanierung beantragt werden. Die Absicherung könne vorläufig mit Stahlschrauben erfolgen, bemerkte Bardo Kraus (CDU). Außerdem müsse eine Absprache mit den Denkmalschützern erfolgen. In Erwiderung sprach das Ortsoberrathaus von fahrlässigen Äußerungen, da die Mieter in einer gewissen Gefahr schwebten. Die Äußerungen der

CDU unterstützte Frieder Stauder (BLN), der mit den Stahlschrauben eine Sicherungsmaßnahme für ausreichend hielt. Statiker sollten nun das Gebäude untersuchen und detaillierte Ergebnisse ausarbeiten. Alfred Hoffmann (CDU) wies die Äußerungen von Ollig, die Christdemokraten handelten fahrlässig, zurück. Wenn Gefahr bestehe, müsse das Rathaus geschlossen werden.

Mit Mehrheit von CDU und BLN sowie dem fraktionslosen Siegfried Weber stimmten die Ortsparlamentarier dem von der CDU erarbeiteten Beschlussvorschlag zu, wonach aufgrund der Absenkungsschäden Maßnahmen zur Sicherung des Rathauses zu ergreifen sind, insbesondere die Abstützungen mit geeigneten Mitteln. Anschließend soll ein Spezialunternehmen mit den Untersu-

chungen beauftragt werden. Zuvor hatte Ollig noch einmal vor diesem Beschluss gewarnt, der für die Gemeinde sehr teuer kommen könne. Der derzeit untersuchende Ingenieur sei selbst Statiker und kenne die Materie. Auch Brigitte Becker (SPD) hatte sich im Namen ihrer Fraktion für die Baumaßnahmen nach den Vorschlägen des Ingenieurbüros ausgesprochen.

Einmütig vergab der Rat, den Fußboden im Ortsmuseum am Kirchberg für knapp 6500 Mark erneuern zu lassen. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis vergaben die Ortsparlamentarier die Pflegearbeiten auf dem Friedhof für jährlich fast 37000 Mark. Der Vertrag läuft zunächst ab 1993 für ein Jahr und verlängert sich dann automatisch.